

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 26.09.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgeranregungen gem. § 24 GO NRW gegen eine Sanierung der südlichen Brücke am Latumer See Vorlage: DezIII/0681/2017	6
3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 6.3.2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch Vorlage: FB5/0675/2017	8
4 Vorstellung des Radwegekonzeptes für die Stadt Meerbusch; Vortrag Frau Prahlow	9
5 Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch Vorlage: FB5/0676/2017	9
6 Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Poststraße zwischen Düsseldorfer Straße und Dückersstraße Vorlage: FB5/0669/2017	10
7 Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0628/2017	10
8 Umbau des Feuerwehrgerätehauses Lank, Mühlenstraße Vorlage: SIM/0664/2017	11
9 Information und Stellungnahme zur Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes Vorlage: DezIII/0662/2017	12
10 Baumfällungen im Herbst/Winter 2017/2018 Vorlage: SB11/0194/2017	12
11 Anträge	13
11.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 02.09.2017 zur Auswertung der Messstelle 27 in Büberich Vorlage: DezIII/0180/2017	13
12 Anfragen	14
12.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2017 zur Nitratbelastung im Grundwasser Vorlage: DezIII/0087/2017	14

13	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	14
14	Termin der nächsten Sitzung 08. November 2017, Termin der übernächsten Sitzung 22. November 2017	15
15	Verschiedenes	15
15.1	Stand des Glasfaserausbaus, Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piraten vom 24.03.2017	15
15.2	Fußgängerampel Kapellenstraße	15
15.3	Zebrastreifen am Landsknecht	16
15.4	Fluglärm über Osterath	16
15.5	Kampfmittelräumdienst in Osterath	16
15.6	Leerstand ehemals Rossmann in Büderich	16

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied anwesend bis 19:15, TOP 6

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Franz-Josef Jürgens, anwesend ab 19:15 Uhr, TOP 7

von der SPD-Fraktion

Herr Rainer Grund Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dirk Banse

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Frau Barbara Neukirchen

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christof Behlen

von der UWG-Fraktion

Herr Lothar Keiser Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Marcel Müller

Stellv. beratendes Mitglied

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat Vertretung für Herrn Oswald Hepner, anwesend bis 19:45 Uhr, TOP 7

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

Gäste

Frau Heike Prahlow

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner

Seniorenbeirat

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er bittet die Ausschussmitglieder um Einverständnis, die Tagesordnung im nicht-öffentlichen Teil um TOP 22 zu erweitern. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag einvernehmlich zu.

Ausschussvorsitzender Jürgens weist auf die Tischvorlage zum Thema Radverkehrskonzept für die Stadt Meerbusch hin.

Er begrüßt Frau Prahlow von der Planungsgemeinschaft Verkehr, die zu TOP 4 einen Vortrag zum Radverkehrskonzept halten werde.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum fragt, warum der Stingesbach kein Wasser führe. Sie erkundigt sich danach, ob der Bach umgeleitet worden oder versiegt sei und ob bei Versiegung eine Renaturierung geplant sei. Diese Fragen seien im Zusammenhang mit den geplanten Ausgleichsmaßnahmen zu sehen.

Herr Unzeitig erklärt, dass der Bach aufgrund des geringen Niederschlags und des niedrigen Grundwasserstands kein Wasser führe, sich dieses bei den nächsten kräftigen Regenfällen aber ändern werde. Die geplanten Ausgleichsmaßnahmen würden für die Böhlerstraße auf jeden Fall am Stingesbach durchgeführt

Frau Dr. Maike Albers-Malkus fragt, warum alternative Routenführungen im Flugverkehr östlich oder westlich von Lank über landwirtschaftlich genutzte Flächen oder die Autobahn seitens der Verwaltung nicht beantragt worden seien. Sie erkundigt sich danach, ob und wie viele Beschwerden gegen die Verlegung der Flugrouten vorgelegen hätten. Weiterhin stellt sie die Frage, ob die Verwaltung mögliche Alternativrouten von dem durch die Deutsche Flugsicherung betriebenen Verfahren NIROS prüfen lassen habe.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen zu.

Eine andere Bürgerin trägt vor, dass das Steilstartverfahren in einem so dicht besiedelten Gebiet für die Bevölkerung deutlich weniger Lärmbelastung bedeuten würde. Sie fragt, was unternommen worden sei, um möglicherweise zu einer Lösung wie in Hamburg zu gelangen, wo die Fluglärmkommission und der Flughafenbetreiber die Fluggesellschaften aufgefordert hätten, zum Steilstartverfahren zurückzukehren.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet darüber, dass Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ausführlich zu diesem Thema in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 21.09.2017 berichtet habe. Er erklärt, dass eine zusätzliche Messstelle in Büderich eingerichtet worden sei, deren Ergebnisse jedoch noch nicht vorlägen. Im November finde eine Sitzung des Bau- und Umweltausschusses statt, bei der das Thema Fluglärm auf der Tagesordnung stehen werde und zu der Vertreter des Flughafens eingeladen würden. Er weist darauf hin, dass es zu den Startverfahren keine gesetzlichen Vorschriften gebe. Letztendlich würden die Fluggesellschaften darüber entscheiden.

Eine weitere Bürgerin stellt die Frage, warum es in Meerbusch keine Sonderkommission Fluglärm gäbe. Dort könnte Expertenwissen gebündelt werden. Technischer Beigeordneter Assenmacher er-

klärt, dass es sich bei der Fluglärmkommission um einen solchen Kreis handle. Er versichert, dass Rat und Verwaltung mit allen Möglichkeiten versuchen, darauf einzuwirken, dass die Lärmbelastung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Meerbusch möglichst gering sei.

Eine andere Bürgerin fragt, warum in Lank-Latum die Messstelle am Wasserturm sei und nicht im Neubaugebiet, das direkt unter der Abflugroute liege. Ratsherr Gabernig erklärt dazu, dass die Messstelle vorher am Latumer See gewesen sei. Nachdem die Forderung laut geworden sei, sie näher am Ortszentrum zu installieren, sei der aktuelle Standort ausgewählt worden.

2 Bürgeranregungen gem. § 24 GO NRW gegen eine Sanierung der südlichen Brücke am Latumer See
Vorlage: DezIII/0681/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Bürgeranregung gegen die Sanierung der Brücke am Latumer See abzulehnen und die Verwaltung mit der Sanierung der Brücke zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	13	4	0

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens gibt den Petenten die Gelegenheit, die Bürgeranregung zu erläutern. Frau Jansen erklärt, dass sie es für notwendig halte, bei einem insgesamt beschränkten Budget die Kosten und den Nutzen einer Maßnahme gründlich gegeneinander abzuwägen. Sie weist auf die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler hin. Es handle sich um Steuergelder, die ausgegeben werden sollen und der Umgang damit dürfe nicht leichtfertig geschehen.

Ratsherr F.J. Jürgens berichtet, dass der Ausschuss sich schon in mehreren Sitzungen ausführlich mit dem Neubau bzw. der Sanierung der Brücke am Latumer See beschäftigt habe, so dass von Leichtfertigkeit nicht die Rede sein könne. Er führt aus, dass er Latumer See und seine Umgebung vor 40 Jahren als parkähnliche Landschaft angelegt worden seien. Inzwischen sei das Gebiet stark frequentiert und von besonderer Bedeutung als Naherholungsgebiet sowohl für den Ortsteil Lank, als auch für ganz Meerbusch. Leider hätten konstruktive Mängel sowie eine unzureichende Pflege der Brücke den maroden Zustand verursacht. Daraus den Abriss abzuleiten sei seiner Meinung nach falsch. Die Brücke sei ein Element der Gartengestaltung und biete eine besondere Sichtachse. Zudem werde die Brücke über einen Zeitraum von 40 Jahren abgeschrieben, was demnach lediglich 1.000,- € Kosten pro Nutzungsjahr verursache. Die Summe der Argumente führe zu dem Ergebnis, die Brücke zu erhalten zu wollen.

Eine Bürgerin erkundigt sich danach, ob die Folgekosten kalkuliert worden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass bei der Veranschlagung der Kosten für die Sanierung der Brücke auch deren Unterhalt und Pflege im Haushaltsplan veranschlagt werden.

Eine andere Bürgerin spricht sich für die Sanierung der Brücke aus. Sie und ihr Mann seien Bewohner der Seniorenresidenz am Latumer See und haben dieses wegen der schönen Lage ausgewählt. Leider sei eine Umrundung des Sees mit einem Rollstuhl oder Rollator nicht möglich, weil der Weg um den See zum Teil so schräg sei, dass ein Rollstuhl umkippen könne. Auf dem Umweg, der wegen der Sperrung der Brücke entstehe, gehe es an der einen Seite zu steil hinunter und an der anderen Seite zu steil hinauf, um einen Rollstuhl schieben zu können. Sie regt an, den so Weg mit der Brücke zu verbinden, dass ein ebener Weg entstehe.

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass es sich bei der Sanierung der Brücke schon um einen Kompromiss handle. Damit werde dem Anliegen der Petenten, die sich gegen einen Neubau ausgesprochen haben, entsprochen. Er ist der Meinung, dass Investitionsentscheidungen nicht immer einen messbaren Nutzen haben. So sei es beispielsweise auch beim Anlegen eines Biotops oder bei Ausgaben für Kunst und Kultur.

Beratendes Mitglied Güllmann berichtet, dass sich die Heimleiterin der Seniorenresidenz für eine begehbare Brücke ausgesprochen habe. Diese biete eine Möglichkeit, den See barrierefrei zu umrunden. Er weist darauf hin, dass die Zahl der älteren Bürger zunehme, so dass es nötig sei, die Mobilität dieser Bevölkerungsgruppe zu fördern. Er bittet die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen.

Ratsfrau Niegeloh weist den Vorwurf des leichtfertigen Umgangs mit Steuergeldern ebenfalls entschieden zurück. Über die Brücke und die Sanierung des Weges um den Latumer See sei viel diskutiert worden. Sie spricht sich dafür aus, dass sowohl die Brücke, als auch der Weg saniert werden und damit für alle Teile der Bevölkerung nutzbar sein sollen.

Ratsherr Gabernig weist darauf hin, dass die Brücke auch vor ihrer Sperrung nicht für Behinderte nutzbar gewesen sei. Seines Erachtens habe die Brücke weder eine historische Bedeutung, noch sei sie schön oder nötig. Er spricht sich gegen die Sanierung der Brücke aus.

Sachkundiger Bürger Wagner erachtet es als wichtig, auch in Dinge zu investieren, die keinen messbaren wirtschaftlichen Nutzen haben. Die Brücke am Latumer See sei jedoch unnötig. Er schlägt vor, die Finanzierung durch einen Förderverein, Sponsoring oder Crowdfunding zu gewährleisten. Da die Abrisskosten sich auf ca. 9.000 € beliefen, könne dieser Teil aus dem städtischen Haushalt und der Rest der Sanierungskosten alternativ finanziert werden.

Sachkundiger Bürger Keiser hält die Sanierung der Brücke für überflüssig. Stattdessen solle der Weg um den See saniert und damit für alle nutzbar gemacht werden.

Abschließend erteilt der Ausschussvorsitzende nochmals den Petenten das Wort. Eine Bürgerin spricht sich für die Gründung eines Fördervereins aus. Sie sei gegen eine Finanzierung der Sanierung aus Steuergeldern.

3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 6.3.2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch
Vorlage: FB5/0675/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ausschussvorsitzender Jürgens erteilt Frau Dr. Blaum als Petentin das Wort. Sie formuliert ihre Enttäuschung darüber, dass in der Beratungsvorlage nicht auf die einzelnen Punkte der Bürgeranregung eingegangen worden sei. Sie erklärt, dass zum Schutz vor Lärm auch auf Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen Tempo 30 möglich sei.

Ratsherr Peters erklärt, dass es wichtig sei, die Situation in Meerbusch zu verbessern und für eine höhere Lebensqualität zu sorgen. Dazu würde gehören, die Anzahl der Unfälle und die Schadstoffbelastung zu reduzieren. Deshalb spricht er sich dafür aus, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, weil dieses ein guter Einstieg sei. Er kritisiert, dass die Beratungsvorlage nicht auf die Einzelheiten der Bürgeranregung eingehen würde.

Ratsherr Gabernig schließt sich dieser Kritik an. Er erläutert, dass es möglich wäre, in allen Ortsteilen bis auf den Haupt- und Sammelstraßen, Tempo 30 einzuführen. Er schlägt vor, versuchsweise in Lank-Latum Tempo 30 einzuführen und bei positiven Erfahrungen dieses auch auf die anderen Ortsteile zu übertragen.

Ratsfrau Niegeloh befürwortet die einheitliche Regelung mit Tempo 30 in den Wohngebieten und spricht sich dafür aus, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Sie weist darauf hin, dass das Einhalten einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf Straßen, die breit genug sind, um 50 km/h zu fahren, nicht garantiert sei. Daraus entstehe das Problem, dass eine Kontrolle kaum gewährleistet werden könne und somit die Geschwindigkeitsbegrenzung schlecht durchsetzbar sei. Es müssten andere Maßnahmen ergriffen werden, den Autoverkehr einzudämmen.

Sachkundiger Bürger Keiser weist darauf hin, dass es besonders wichtig sei, Gefahrenquellen zu beseitigen. Es gäbe solche z.B. auf der Mataréstraße und der Grünstraße. Als Einstieg hält er den Vorschlag der Verwaltung für akzeptabel, man solle das Thema jedoch im Auge behalten.

Auch sachkundiger Bürger Wagner unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Dieses Vorgehen sei ein Mittel, eine Verkehrswende zu fördern.

Zum Abschluss der Diskussion erteilt der Ausschussvorsitzende Frau Dr. Blaum das Wort. Sie bittet darum, entsprechend des Vorschlages des BUND abzustimmen.

Ratsfrau Pricken hält es für sinnvoll, zunächst das Radverkehrskonzept abzuwarten und beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Ausschussvorsitzender Jürgens lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

4 Vorstellung des Radwegekonzeptes für die Stadt Meerbusch; Vortrag Frau Prahlow

Frau Prahlow von der Planungsgesellschaft Verkehr PGV, hält einen Vortrag über die Weiterentwicklung des Fahrradverkehrskonzeptes für die Stadt Meerbusch und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Ratsfrau Niegeloh erinnert daran, dass eine Sondersitzung zum Thema Radverkehrskonzept beschlossen worden sei. Eine Diskussion über Einzelheiten könnte in dieser Sitzung stattfinden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, einen Termin für die Sondersitzung in Kürze bekanntzugeben.

5 Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch Vorlage: FB5/0676/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Peters stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, da es noch Beratungsbedarf gäbe. Es fehle in der Beratungsvorlage eine detaillierte Gegenüberstellung der Alternativen der Installation einer Schrankenanlage und der Aufstellung von Parkscheinautomaten.

Ratsherr Gabernig befürchtet, dass der Parkplatz am Hallenbad eventuell von Dauerparkern benutzt werden könnte. Er bittet darum, einen Lösungsvorschlag für diesen Bereich in der nächsten Beratungsvorlage zum Thema Parkraumbewirtschaftung zu machen.

Ratsfrau Niegeloh äußert ihr Unverständnis darüber, dass immer noch Beratungsbedarf bestehe und bittet um eine schnelle Entscheidungsfindung, damit die Maßnahme im Haushaltsplan 2018 berücksichtigt werden könne.

Ratsherr Quaß ist der Meinung, dass es an der Zeit sei, über die Parkraumbewirtschaftung zu beschließen. Er stellt die Frage, warum auf die von Herrn Schneider favorisierte Schrankenlösung für den Dr.-Franz-Schütz Platz in der Beratungsvorlage nicht eingegangen worden sei.

6 Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Poststraße zwischen Düsseldorfer Straße und Dückersstraße
Vorlage: FB5/0669/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	1	2	
FDP	1	1	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	12	5	0

Ratsfrau Niegeloh stellt die Frage, ob bei der Planung der Fahrradstraße auch berücksichtigt worden sei, dass auf der Poststraße auch geparkt werden dürfe. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass auf einer Fahrradstraße alle Verkehrsteilnehmer die gleichen Rechte hätten. Es dürfe geparkt werden und die Radfahrer dürften sich im Straßenraum freibewegen. Andere Fahrzeuge dürften nicht schneller als 30 km/h fahren und müssten, wenn nötig, die Geschwindigkeit weiter verringern.

Ratsherr Meffert stellt den Antrag, den Beschluss zu vertagen und erst abzuwarten, welche Maßnahmen sich aus dem Radverkehrskonzept ergeben.

Ratsherren Gabernig und Peters und sachkundiger Bürger Wagner sind der Meinung, dass über den Beschlussvorschlag abgestimmt werden könnte.

Ausschussvorsitzender Jürgens lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

7 Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation
Vorlage: SIM/0628/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

Herr Klein erläutert ausführlich den Entwurf zur Verbesserung zur Eingangssituation am Forum Wasserturm und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

Die Ausschussmitglieder sind der Meinung, dass es sich um eine gelungene Konzeption handle, die Kosten allerdings zu hoch seien. Trotzdem solle man das Vorhaben, die Situation am Forum Wasserturm zu verbessern, weiter verfolgen.

Herr Klein berichtet, dass es mit dem Architekturbüro bereits mehrere Gespräche gegeben habe, welche Einsparungsmöglichkeiten es gäbe. So könne beispielsweise auf die Einbaumöbel (60.000 €) und auch auf die Überarbeitung und Anpassung des Altfoyers (75.600 €) verzichtet werden. Auf diese Weise könnten 135.600 € gespart werden

Ratsherr Quaß und sachkundiger Bürger Keiser vertreten die Auffassung, dass eine kulturelle Einrichtung wie das Forum Wasserturm nicht von einer optimalen Eingangssituation leben würden, sondern von der Qualität ihres Programms. Sachkundiger Bürger Keiser stellt die Frage nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten wie beispielsweise Zuschüsse oder ein Verein zur Förderung. Herr Klein weist daraufhin, dass diese Maßnahme nicht bezuschusst werden würde.

Ratsherr Schönauer stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und im Rahmen der Haushaltsberatungen über dieses Thema zu beschließen.

Ausschussvorsitzender Jürgens lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

8 Umbau des Feuerwehrgerätehauses Lank, Mühlenstraße **Vorlage: SIM/0664/2017**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der vorgelegten Entwurfsplanung zum Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch – Lank, Mühlenstraße zu. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss wird gebeten, im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanes 2018 die notwendige Finanzierung der Maßnahme sicher zu stellen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt der Entwurfsplanung ebenfalls zu und entscheidet im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanes 2018 über die Finanzierung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Klein erläutert ausführlich anhand der Pläne den Entwurf. Er erklärt weiterhin, dass die im Haushalt 2017 vorgesehenen Mittel in Höhe von 300.000 € ins Haushaltsjahr 2018 übertragen und die restlichen 215.000 € im Haushalt 2018 veranschlagt werden.

Die Architekten würden nun noch den Bauantrag bearbeiten, anschließend wird das Projekt in der Ausführung als Eigenprojekt des SIM weitergeführt.

Herr Klein beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

9 Information und Stellungnahme zur Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes
Vorlage: DezIII/0662/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes folgende Stellungnahme abzugeben:

„In Meerbusch sind die die Einwohner in den Stadtteilen Osterath und Ossum-Bösinghoven vom Bahnverkehr auf der Strecke 2610 massiv betroffen. Die Strecke ist als Sanierungsabschnitt 43 in der Prioritätenliste der Lärmsanierung enthalten, ein zeitnaher Beginn von Sanierungsmaßnahmen ist jedoch bislang nicht in Aussicht gestellt.

Die Stadt Meerbusch fordert das Eisenbahn-Bundesamt auf, im Lärmaktionsplan mindestens vorzusehen,

- anhand der durch die Lärmkartierung gewonnen Daten, die die besondere Betroffenheit der im Bereich dieses Streckenabschnitts lebenden Menschen dokumentieren, eine Neubewertung der Priorisierung im Lärmsanierungsprogramm vorzunehmen, die zu einer zeitnäheren Umsetzung führt,
- die Umrüstung der DB-eigenen Güterwaggons mit lärmarmen Bremssohlen stärker voranzutreiben,
- die vom Bund angestrebte deutschlandweite Halbierung des Schienenlärms bis 2020 konsequent einzufordern.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Beschluss wird ohne Debatte gefasst.

10 Baumfällungen im Herbst/Winter 2017/2018
Vorlage: SB11/0194/2017

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. Herr Betsch beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

11 Anträge

11.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 02.09.2017 zur Auswertung der Messstelle 27 in Büderich Vorlage: DezIII/0180/2017

Beschlussvorschlag:

Zur Messstelle 27 in Büderich beantragt die UWG-Fraktion:

1. Der Ausschuss beauftragt die Bürgermeisterin unter Fristsetzung bis zum 14.10.2017, die geforderten Messergebnisse vom Flughafenbetreiber DUS (inklusive der Korrelation von Flughöhe und db am Boden) der zusätzlichen Messstelle 27 in Büderich der Stadt Meerbusch und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.
2. Nach Eingang der gewünschten Messdaten der Messstelle 27 wird die Sondersitzung „Fluglärm“ terminiert, zeitlich vor der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission.

Sollten die geforderten Daten und Messergebnisse nicht vom Flughafen erbracht werden, wird sich der Ausschuss und die Verwaltung auf die Auswertungen von „Bürger gegen Fluglärm“ stützen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	5	10	2

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sachkundiger Bürger Keiser begründet den Antrag der UWG-Fraktion und weist darauf hin, dass es wichtig sei, die Auswertungsergebnisse der Messstelle 27 vor der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission vorliegen zu haben, damit die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses und die Verwaltung in einer Sondersitzung „Fluglärm“ Entlastungsempfehlungen erarbeiten könnten.

Technischer Beigeordneter Assenmacher versichert, dass die Daten, sobald sie vorliegen, zur Verfügung gestellt würden. Er gibt zu bedenken, dass die Einwirkungsmöglichkeiten der Stadt Meerbusch auf das Abflugverhalten sehr begrenzt seien, selbst wenn die Auswertungen ergeben würden, dass das Flachstartverfahren von Nachteil wäre.

Sachkundiger Bürger Keiser ist der Auffassung, dass sowohl der Flughafenbetreiber als auch die Fluggesellschaften gem. § 29b Luftverkehrsgesetz verpflichtet seien, vermeidbaren Lärm zu verhindern, um die Bevölkerung vor Gefahren und erheblichen Nachteilen zu schützen. Er befürwortet die Gründung einer Expertengruppe, in der juristisches und technisches Fachwissen gesammelt werden könnte. Die vorhandenen rechtlichen Grundlagen müssten beispielsweise von einem Juristen überprüft werden.

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits viel unternommen habe, damit für die Bürger der Stadt Meerbusch die Lärmbelastung möglichst gering sei. Die Verwaltungsmitarbeiter, die sich mit dem Thema Fluglärm beschäftigen seien Experten.

Ausschussvorsitzender Jürgens schlägt vor, eine Sondersitzung zum Thema Fluglärm zu terminieren, sobald die Auswertungsergebnisse vorliegen. Zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 08.11.2017 sollten Vertreter des Flughafens eingeladen werden.

12 Anfragen

12.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2017 zur Nitratbelastung im Grundwasser Vorlage: DezIII/0087/2017

Anmerkung der Schriftführerin: Die Beantwortung der Fragen ist als Anlage der Niederschrift beige-fügt.

13 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Ratsherr Peters stellt die Frage, warum in der Beschlusskontrolle das Thema „Absperrmaßnahmen auf Wirtschaftswegen“ als erledigt gekennzeichnet sei. Es fehle nach wie vor an der Umsetzung. Herr Unzeitig erklärt, dass dieser Punkt lediglich mit einem anderen Thema der Beschlusskontrolle (Anfrage der UWG Fraktion vom 27.03.2017 zur wiederrechtlichen Nutzung von Wirtschaftswegen) zusammengefasst worden sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Verwaltung derzeit unter Beteiligung der Verwaltung, des Obmanns der Landwirte und der Feuerwehr ein Konzept erarbeite, um den Verkehr zwischen Osterath und Bösinghoven zu unterbinden. Ratsherr Schönauer weist darauf hin, dass die Verkehrszählung am Meyersweg in den Ferien durchgeführt worden sei. Außerhalb der Ferien sei das Verkehrsaufkommen höher. Ratsherr Hoppe ergänzt, dass in der Auswertung der Verkehrszählung eine Klassifizierung der Fahrzeuge fehle. Technischer Beigeordneter Assenmacher schlägt vor, die Ergebnisse der Verkehrszählung und der Lösungsvorschläge in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorzustellen.

Ratsherr Peters fragt, ob es schon eine Lösung für den Kreuzwildweg gäbe. Herr Unzeitig erklärt, dass dieses momentan nicht der Fall sei.

Ratsherr Peters erkundigt sich danach, warum das Halteverbot in Höhe der Recyclingcontainer in Boverth noch nicht ausgeschildert sei. Herr Unzeitig antwortet, dass das eingeschränkte Halteverbot angeordnet, aber noch nicht vom Landesbetrieb Straßen NRW umgesetzt worden sei. Ratsherr Quaß erklärt, dass es schwer nachvollziehbar wäre, warum es so lange dauere, ein Schild aufzustellen. Er fragt, ob die Stadt Meerbusch das im Rahmen der Amtshilfe für den Landesbetrieb erledigen könne.

Herr Unzeitig berichtet über konstruktive Gespräche mit dem Landesbetrieb hinsichtlich einfacherer und zügigerer Abwicklung derartiger Maßnahmen.

Auf die Frage von Ratsherrn Peters, wann die Stelen Am Ismerhof versetzt werden, antwortet Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass es sich um ein Privatgrundstück handle. Es sei ein Gespräch mit dem Eigentümer geführt worden. Dessen Einverständnis vorausgesetzt, könnten die Stelen vom Jahresvertragsunternehmer der Stadt Meerbusch versetzt werden.

Ratsherr Schönauer erinnert daran, dass gegenüber der Autobahnabfahrt auf der Uerdinger Straße eine Leitplanke angebracht werden sollte. Herr Unzeitig erklärt, dass der Landesbetrieb informiert worden sei, eine Antwort jedoch noch ausstehe.

Ratsherren Hoppe und Fischer erkundigen sich nach dem Polizeibericht, dem zu entnehmen sei, dass seitens der Polizei keine Bedenken bezüglich der derzeitigen Situation der Zufahrt zum Kindergarten am Wienweg vorhanden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es über das Gespräch zwischen ihm, der Leiterin des Kindergartens, Vertretern der Schützengesellschaft und einem Polizeihauptkommissar keine Aktennotiz der Polizei gäbe. Der Polizist habe in diesem Gespräch im Beisein aller Beteiligten gesagt, er habe keine Bedenken gegen die von der Verwaltung geplanten Lösung.

14 Termin der nächsten Sitzung 08. November 2017, Termin der übernächsten Sitzung 22. November 2017

15 Verschiedenes

15.1 Stand des Glasfaserausbaus, Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piraten vom 24.03.2017

Sachkundiger Bürger Wagner weist darauf hin, dass in der Niederschrift des Bau- und Umweltausschusses am 05. April 2017 zwar auf die Beantwortung der Anfrage als Anlage hingewiesen worden sei, die Anlage jedoch gefehlt habe.

Hinweis der Schriftführerin: Die Anlagen zur Niederschrift sind im Ratsinformationssystem in der Sitzung unter dem Reiter „Informationen“ zu finden. In der Mandatos-App auf dem iPad werden sie direkt im Kopf der Sitzung vor der Tagesordnung abgebildet.

15.2 Fußgängerampel Kapellenstraße

Sachkundiger Bürger Wagner berichtet, dass die Grünphase der Fußgängerampel an der Kapellenstraße in Osterath zu kurz sei. Herr Unzeitig erklärt, dass dieses in der Schaltung der Ampelanlage an der Strümper Straße begründet liege. Es sei ein Termin mit der Wartungsfirma anberaumt, um eine Korrektur vorzunehmen.

15.3 Zebrastreifen am Landsknecht

Sachkundiger Bürger Wagner weist auf eine Gefahrenstellen am Zebrastreifen an der Dorfstraße Nähe Landsknecht hin und fragt, ob es möglich sei, dort zusätzlich eine Blinklichtanlage anzubringen, um Autofahrer auf den Zebrastreifen hinzuweisen. Herr Unzeitig erläutert, dass diese Lösung vom Landesbetrieb Straßen NRW erfahrungsgemäß nicht umgesetzt werde.

15.4 Fluglärm über Osterath

Ratsfrau Niegeloh berichtet von Bürgern, die sich über erhöhten Fluglärm in Osterath beschweren. Sie bittet darum, dass in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses darüber berichtet wird.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort der Verwaltung ist der Niederschrift beigelegt.

15.5 Kampfmittelräumdienst in Osterath

Ratsherr Fischer berichtet, dass in Osterath am Bahnhofsweg der Kampfmittelräumdienst im Einsatz gewesen sei. Er fragt, ob die Verwaltung von dem Grund Kenntnis habe.

Anmerkung der Schriftführerin: Frau Frey übermittelt nach der Sitzung folgende Antwort: Ende Juli 2017 wurden im Bereich des Bahnhofsweges im Auftrag des Landesbetriebs Straßenbau NRW vom Kampfmittelbeseitigungsdienst 12 Bohrungen durchgeführt. Im auswertbaren Bereich haben sich keine Hinweise auf einen Bombenblindgänger im Umkreis von 0,75 m um die Bohrachse ergeben. Fachbereich 1 war über den Verlauf der Bohrungen und die Auswertung der Ergebnisse informiert.

15.6 Leerstand ehemals Rossmann in Büderich

Sachkundiger Bürger Wagner berichtet, dass es das Gerücht gäbe, dass Rossmann beabsichtige, die Räumlichkeiten der ehemaligen Filiale in Büderich an der Dorfstraße leer stehen zu lassen. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es bereits einen Interessenten gegeben habe, es aber zu keinem Vertragsabschluss gekommen sei. Rechtlich gäbe es keine Möglichkeit seitens der Verwaltung Einfluss zu nehmen, da die Räumlichkeiten noch an Rossmann vermietet seien.

Meerbusch, den 25. Oktober 2017

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in